

Gewalt in den Gemeinschaftsunterkünften für Asylsuchende im Land Brandenburg

Situationsanalyse

Gliederung

Zusammenfassung

Einleitung

Zur Erhebungsmethode: Kombination aus standardisierter Befragung und vertiefenden Interviews

Gewalt in den Gemeinschaftsunterkünften für Asylsuchende im Land Brandenburg.
Datenauswertung

Schilderungen der Gewalt: Häufigkeit und Art der Vorkommnisse, Orte der Gewalt und Umstände, die Gewalt begünstigen

Latente Gewalt in den Unterkünften

Besondere Problematik: häusliche Gewalt/ Gewalt in Partnerschaften/ Gewalt an Frauen

Konfliktmanagement/Umgangsweise mit Gewalt/ Beispiele guter Praxis

Anhang

Zusammenfassung

Vor dem Hintergrund der Häufung der gewalttätigen Vorkommnisse in den Gemeinschaftsunterkünften für Flüchtlinge und Asylsuchende (GU) strebt die vorgelegte Situationsanalyse an, eine möglichst genaue Beschreibung der Situation im dritten Quartal 2014 vorzunehmen. Mit diesem Ziel wurden ab 1. Oktober 2014 die GU in allen Landkreisen und kreisfreien Städten gezielt aufgesucht und Daten zu gewalttätigen Vorkommnissen in den Unterkünften, zum Umgang mit diesen Vorkommnissen und den Tätern sowie den Strategien zur Deeskalation erhoben. Ungeachtet der Tatsache, dass die Befragung unter statistischen Kriterien weder vollständig noch repräsentativ ist, lieferten die erhobenen quantitativen und qualitativen Daten genügend Material, um eine Beschreibung der Situation mit großer Aussagekraft vorzulegen.

Die Ergebnisse der Untersuchung lieferten die folgenden grundlegenden Erkenntnisse:

- Die GU in den Landkreisen und kreisfreien Städten des Landes Brandenburg geben in Bezug auf gewalttätige Vorkommnisse kein einheitliches Bild ab. So wie die Unterkünfte sich beispielsweise in Hinblick auf Kapazität, Lage oder Personalausstattung unterscheiden, zeigt sich eine erhebliche Differenzierung der GU hinsichtlich der Art und vor allem der Häufung von gewalttätigen Vorkommnissen. Der Alltag der folgenden Unterkünfte ist besonders von gewalttätigen Vorkommnissen gekennzeichnet: Luckenwalde, Brandenburg/Havel, Grauzau, Premnitz, Fürstenwalde (Langenwähler Strasse), Stople-Süd, Bestensee, Rathenow, Prenzlau, Ludwigsfelde und Potsdam (Nuthetal).
- Physische Gewalt in der GU ist eindeutig ein spezifisch männliches Problem. In den meisten benannten Auseinandersetzungen wurden Männer, zumeist junge Männer, als Beteiligte angegeben bzw. fast alle tätlichen Angriffe wurden von Männern verübt.
- Die Mehrheit der gewalttätigen Vorkommnisse ergibt sich aus den Geschehnissen des alltäglichen Zusammenlebens der Flüchtlinge. Ausgangspunkte für Streitereien unter den Bewohnerinnen und Bewohnern sind meist Sauberkeit in den gemeinschaftlich genutzten Räumen und Lärm.

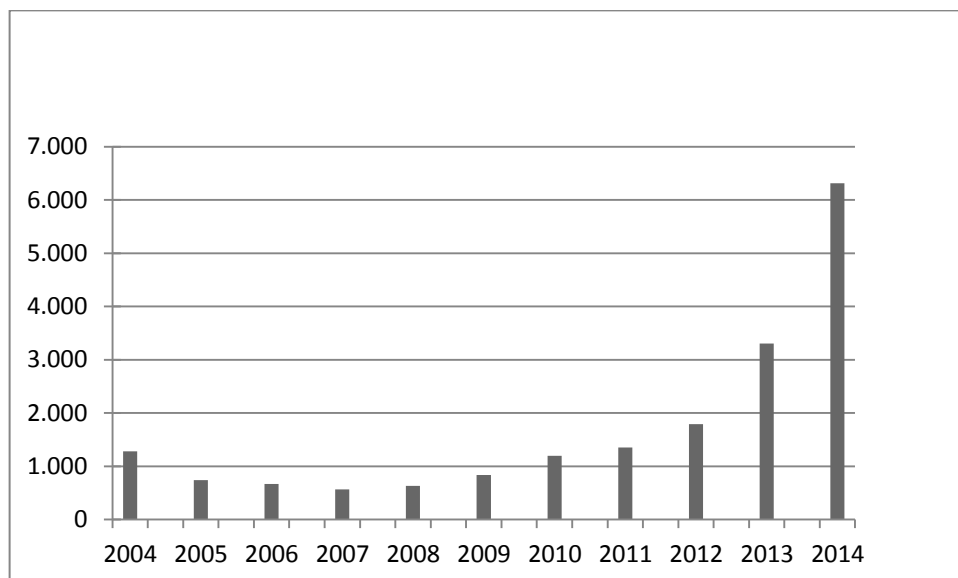
- Die Wahrscheinlichkeit der Eskalation von Konflikten und deren Häufigkeit steigt
 - a) mit zunehmender Belegung und Belegungsdichte sowie der Notwendigkeit Küchen und Sanitäranlagen zu teilen (dort wo die bauliche Situation der GU die Unterbringungen in kleineren, abgeschlossen Wohneinheiten erlaubt, die meist über eine eigene Küche und Nasszelle verfügen, sinken die gewalttätigen Auseinandersetzungen gegen Null);
 - b) mit wachsender Vielfalt der Herkunftsregionen und der Unmöglichkeit sich mit Hilfe einer *lingua franca* zu verständigen;
 - c) bei einem wenig strukturierter Alltag sowie fehlenden oder geringen Möglichkeiten der sportlichen Betätigung oder anderer Gelegenheit zu Freizeitbetätigungen.
- Eine geringe Personalausstattung der GU und mangelnde Kompetenzen in der Konfliktvermeidung bzw. Bearbeitung auf Seiten des Personals sind weitere Faktoren, die die Wahrscheinlichkeit der Eskalation von Konflikten begünstigen. Die Personalentwicklung in den GU bleibt daher ein Schlüsselfaktor.
- In allen Unterkünften gab es ernstzunehmende Anzeichen für Fälle von häuslicher Gewalt, die eine besondere Herausforderung in den Unterkünften darstellt.
- In sechs Einrichtungen lässt sich eindeutig eine Zunahme von gewalttätigen Vorkommnissen ausmachen (Ludwigfelde, Garzin-Garzau, Premnitz, Stolpe-Süd, Luckenwalde, Potsdam Nuthetal). Dies wird eindeutig auf den Anstieg der Belegungsdichte zurückgeführt (in Premnitz auf Bewohner mit hohem Alkoholkonsum). Dagegen vermerken die GU in Althüttendorf, Bad Belzig, Beelitz, Cottbus, Forst, Prenzlau, Rathenow und Wassmannsdorf eine deutliche Abnahme von gewalttätigen Vorkommnissen und bringen das mit den Veränderungen in der Zusammensetzung der Bewohnerinnen und Bewohner (Auszug von Tätern), Veränderungen der baulichen Struktur der Unterkunft (Cottbus, Rathenow) und verstärkten präventiven Maßnahmen in Verbindung.

- Ein Sonderfall stellen Flüchtlinge dar, die mit ihrer Religionsausübung sehr konservative, für Frauen restriktive Praktiken verbinden oder die sich in einem Prozess der Radikalisierung befinden. Derartige Personen wurden als eine besonders schlimme und brutale Quelle für Gewalt an Frauen in den Unterkünften geschildert.

Einleitung

Seit ungefähr drei Jahren hat die Aufnahme von Asylsuchenden und Flüchtlingen im Land Brandenburg zugenommen. Der lange Zeit zu beobachtende Trend der Abnahme der Menschen, die aus politischen oder humanitären Gründen in Brandenburg Schutz suchen, hat mit dieser Entwicklung sich deutlich umgekehrt (siehe unten abgebildete Grafik).

Neuzugänge in der Erstaufnahmeeinrichtung Eisenhüttenstadt



Die Aufnahmestrukturen in den Kommunen waren auf die steigende Zahl von Asylsuchenden nicht vorbereitet und reagierten eindeutig verspätet, so dass man von einer ausgeprägten Phasenverschiebung sprechen kann. In der Folge verdichtete sich die Belegung der GU stark und in einzelnen Einrichtungen näherte sich Belegung den Kapazitätsgrenzen oder überstieg diese zeitweilig. Die Kommunen haben auf diese Situation, neben der verstärkten Unterbringung in Wohnungen, vor allem aber mit der Einrichtung von neuen GU reagiert. So existierten Ende 2012 im Land Brandenburg 17 GU, bis zum Ende 2014 hatte sich die Anzahl bereits mehr als verdoppelt und stieg auf fast 50 Einrichtungen (Gemeinschaftsunterkünfte und sogenannte Wohnverbände). Gegenwärtig stehen weitere GU kurz vor der Öffnung und werden

in den kommenden Monaten ihren Betrieb aufnehmen. Aufgrund der weiterhin steigenden Aufnahme von Asylsuchenden und Flüchtlingen hat sich die angespannte Belegungssituation durch die Inbetriebnahme weiterer Unterkünfte nur in unwesentlichem Maß verändert.

Mit dem Anstieg der Bewohnerinnen und Bewohner haben sich gleichzeitig qualitative Veränderungen in der Belegung eingestellt:

- vermehrt werden Personen aufgenommen, die aus Regionen stammen, die seit längerer Zeit Schauplatz von Krieg und Bürgerkrieg sind, in denen zum Teil vor Jahrzehnten die Rechtsordnung in Folge der gewaltsamen Auseinandersetzungen kollabierte (Afghanistan, Nordkaukasus, Somalia) und der Alltag von religiöser Intoleranz und Gewalt geprägt ist;
- die Belegung durch Personen mit multiplen Problemlagen, zum Beispiel ältere Menschen mit Körperbehinderung, Alleinerziehende mit Körperbehinderung oder HIV-Infektion, sowie Personen, die Folter, Vergewaltigung oder sonstige schwere Formen der psychischen, physischen oder sexuellen Gewalt erlitten haben, hat sich deutlich erhöht;
- die Zahl der Personen, die sich dauerhaft in der GU aufhalten, hat sich deutlich und dauerhaft erhöht.

Die oben aufgeführten Veränderungen führten in allen GU zu einer deutlichen Veränderung in der Atmosphäre und zur Häufung von Konflikten, bei deren Bewältigung es zu gewalttätigen Auseinandersetzungen kommt. Die Beobachtung der Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter in den GU ist, dass sich Fälle von übergriffigen Verhalten und Aggressionen gegenüber anderen Bewohnerinnen und Bewohnern, einschließlich gegenüber dem Personal, von innerfamiliärer Gewalt und religiös motivierten Auseinandersetzungen sowie Sachbeschädigungen und grobe Missachtungen der Hausordnungen sich insbesondere dort häufen, wo schon seit längerer Zeit eine angespannte Situation vorherrschte. Im Verlauf einer Zusammenkunft kommentierte der Leiter einer Unterkunft mit den lakonischen Worten „Wir leben auf einem Pulverfass!“ Die Ereignisse vom 19.8.2014 in der GU Gubener Straße in Forst bestätigen diese Einschätzungen in dramatischer Weise.

Aus der Häufung der Vorfälle ergibt sich Notwendigkeit, die Situation in den GU näher zu betrachten, mögliche Ursachen aufzuzeigen und Handlungsstrategien zu entwickeln. Diesem Anliegen ist die vorgelegte Situationsanalyse verpflichtet und strebt – gewissermaßen als ersten Schritt - eine möglichst genaue Beschreibung der Situation im dritten Quartal 2014 an. Mit diesem Ziel wurden ab 1. Oktober 2014 in den Landkreisen und kreisfreien Städten arbeitenden GU gezielt aufgesucht und Daten zu gewalttätigen Vorkommnissen in den Unterkünften, zum Umgang mit diesen Vorkommnissen und den Tätern sowie den Strategien zur Deeskalation erhoben. In allen Unterkünften wurden das Personal sowie einzelne Bewohnerinnen und Bewohner gebeten, an einer standardisierten Befragungen und vertiefenden Interviews (nur Personal) teilzunehmen. In allen besuchten Einrichtungen konnten mit dem Personal der Einrichtungen längere Gespräche geführt und aufgezeichnet werden. Die ein- bis anderthalbstündige Gespräche gestalteten sich auf der Grundlage eines Interviewleitfadens. Aus Kapazitätsgründen und anderen Schwierigkeiten (Nichtanwesenheit, Verweigerung, sprachliche Probleme) konnten pro Einrichtung maximal nur fünf Bewohnerinnen und Bewohner der Einrichtung befragt werden. Dies geschah zum Teil unter zur Hilfenahme einer Dolmetscherin bzw. eines Dolmetschers. Aus organisatorischen bzw. terminlichen Gründen konnten jedoch zwei GU und mehrere Wohnverbände nicht in die Datenerhebung einbezogen werden.

Ungeachtet der Tatsache, dass die Befragung unter statistischen Kriterien weder vollständig noch repräsentative ist, lieferten die erhobenen quantitativen und qualitativen Daten genügend Material, um eine Situationsanalyse mit großer Aussagekraft vorzulegen.

Zur Erhebungsmethode: Kombination aus standardisierter Befragung und vertiefenden Interviews

Ausgangspunkt der Überlegungen zum methodischen Design der Datenerhebung war der Anspruch, die Realität in den GU für einen bestimmten, ausgewählten Zeitraum weitestgehend genau abzubilden. Daraus leitete sich zunächst die Entscheidung ab, den Untersuchungszeitraum deutlich zu begrenzen. Eine zeitlich unbegrenzte Untersuchung zu gewalttätigen Vorkommnissen in den GU birgt die Gefahr von unscharfen und auch verzerrten Aussagen, da schwerwiegende Ereignisse – unabhängig von ihrer Häufigkeit - lange nachwirken können. Die Datenerhebung wurde daher strikt auf den Zeitraum vom 1. August 2014 bis zum Tag des Besuches der jeweiligen GU begrenzt. Die Personen, die in die Untersuchung einbezogenen wurden und einen Fragebogen beantworteten oder die an einem vertiefenden Interviews teilnahmen, wurden vor dem Gespräch deutlich über die zeitlichen Grenzen des Untersuchungszeitraums aufgeklärt und gebeten, nur Ereignisse zu schildern, die in dem genannten Zeitraum sich ereigneten. Dennoch kann nicht ausgeschlossen werden, dass besonders stark wirkende Vorkommnisse, die sich vor dem Untersuchungszeitraum ereigneten, auf die Antworten der befragten Personen beeinflussten.

Neben einer deutlichen Eingrenzung der Erhebungszeitraum erforderte der oben formulierte Anspruch eine klare Bestimmung der Vorkommnisse, die in der Datenerhebung als gewalttätige Vorkommnisse verstanden werden. Im Rahmen dieser Situationsanalyse werden als gewalttätige Vorkommnisse alle Handlungen bezeichnet, die von Menschen ausgeführt werden, die sich zum Zeitpunkt der Tat in der GU aufhalten, und die gegen die körperliche oder die psychische Unversehrtheit eines Anderen gerichtet sind. Es wurden somit keine Ereignisse in die Untersuchung einbezogen, die außerhalb der GU stattfanden. Unter dem hier verwendeten Oberbegriff gewalttätige Vorkommnisse fallen weiterhin nicht nur Gewalttaten zwischen Bewohnerinnen und Bewohner, einschließlich der Taten in Paarbeziehungen sowie der Gewalt gegen Kinder, sondern die auch Handlungen, die sich gegen das Personal der GU richten. Über die körperliche Gewalt hinaus werden auch alle Formen von direkten verbalen Drohungen, Beleidigungen, Beschimpfungen, Bedrohungen oder einschüchterndes Verhalten in diese Untersuchung werden einbezogen. Das gilt auch für Vorkommnisse der vorsätzlichen, schweren Sachbeschädigung.

Die Situationsanalyse konzentriert sich zunächst Fälle, die im festgelegten Zeitraum beobachtet, oder gar dokumentiert, wurden. Diese Fälle werden im Folgenden als manifeste Gewalt bezeichnet. Im Verlauf der Untersuchung stellte heraus, dass in den GU eine Situation anzutreffen ist, in der Gewalt noch nicht präsent ist, wohl aber in einer labilen Situation oder aufgrund einer Provokation leicht zum Vorschein kommen kann. Dafür wird hier der Begriff der latenten Gewalt verwandt.

Der methodischen Vorbereitung der Datenerhebung lag darüber hinaus die Annahme zugrunde, dass die Bewohnerinnen und Bewohner einen anderen Kenntnisstand zu gewalttätigen Vorkommnissen in der GU haben als das Personal der jeweiligen Einrichtung. Für die Berechtigung dieser Annahme spricht allein schon die Tatsache, dass die Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter, je nach konkretem Arbeitszeitregime, in den späten Nachmittags- bzw. frühen Abendstunden die Unterkunft verlassen und dann nur noch der Wachdienst anwesend ist. Wie die später Auswertung der Daten bestätigte, sind die Vorkommnisse einmal nicht gleichmäßig über den Tag verteilt, sondern es ist eher von einer Häufung in den Abendstunden auszugehen und sich also kein Personal vor Ort aufhält. Zum anderen werden viele Vorkommnisse aus unterschiedlichen Gründen nicht dem Personal zur Kenntnis gebracht.

Aufgrund der Eigenschaften der Gruppen und ihrer unterschiedlichen Zugänglichkeit für die Datenerhebung wurden einerseits für Bewohnerinnen und Bewohner sowie andererseits für Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter unterschiedlich Instrumente der Datenerhebung entwickelt. Diese sollten über die Sammlung von Informationen in der Lage sein, die Reproduktion bestimmter Vorurteile oder Ressentiments in der Darstellung aggressiver und gewaltsamer Vorkommnisse wahrzunehmen und für die Auswertung zu markieren.

Weiterhin musste in Betracht gezogen werden, dass die Durchführung sowohl einer vollständigen als auch einer repräsentativen Befragung sich aus vielen Gründen als gänzlich unmöglich erwies. Hier sind zunächst und vor allem die begrenzte Kapazität für die Datenerhebung und das Prinzip der Freiwilligkeit bei der Teilnahme an Befragungen zu nennen. Ebenso wichtig ist die Tatsache, der überwiegende Teil der Bewohnerinnen und Bewohner über keine ausreichenden Kenntnisse in der deutschen Sprache verfügt, um einer komplexen Befragung zu folgen und die gestellten Fragen hinreichend zu beantworten. Bei der anzutreffenden sprachlichen Vielfalt konnte

auch eine Übersetzung des deutschen Fragebogens in die entsprechenden Muttersprachen nicht in Betracht kommen.

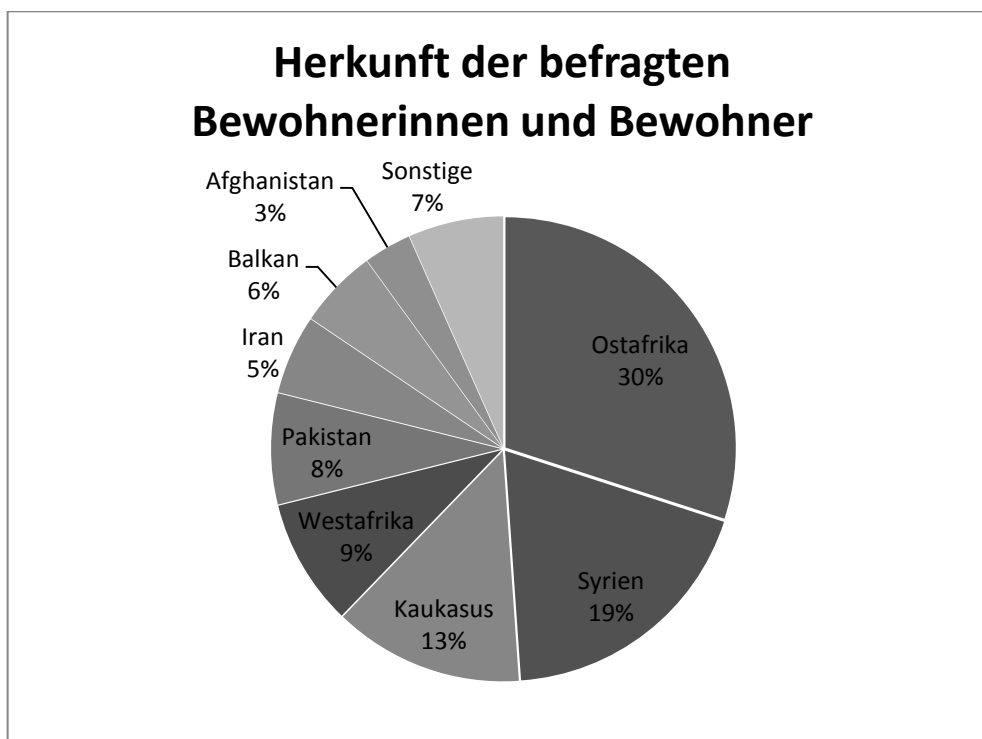
Zur Datenerhebung unter den Bewohnerinnen und Bewohnern der GU wurde ein standardisierter Fragebogen (siehe Anhang) entwickelt und in einer Potsdamer Einrichtung vor Anlauf der eigentlichen Erhebung getestet. Zur Befragung wurden in der jeweiligen, besuchten Einrichtung angetroffene, erwachsene Flüchtlinge angesprochen¹, um den Zweck der Befragung zu erläutern, die Anonymität der Erhebung und Auswertung der Daten zu versichern und zur Mitwirkung einzuladen. Diese zufällige Auswahl konnte jedoch nicht das gesamte Universum der Bewohnerinnen und Bewohnern der GU einbeziehen, da diese entweder zum Zeitpunkt des Besuches sich nicht in der GU aufhielten (viele waren in den Morgenstunden nicht anzutreffen, da sie Termine, Sprachkurse etc. wahrnahmen), oder offensichtlich nicht älter als 18 Jahren oder die deutsche Sprache nur unzureichend beherrschten (in einigen Fällen konnte auf die Datenerhebung begleitende Sprachmittelnde zurück gegriffen werden, teilweise waren auch Personen anwesend, die in weitere Sprachen übersetzten; in diesen Fällen muss jedoch ein eventueller Bedeutungsverlust durch Übersetzung und Interpretation in Betracht gezogen werden, wie sich das Sich-Verständlichmachen der Interviewerin ein grundsätzliches erkenntnismethodische Problem darstellt). Ungeachtet der Tatsache, dass die Mitwirkungsbereitschaft hoch war und die Angesprochenen gern Auskunft gaben, verweigerten einige Personen auch die Mitwirkung.

Der Fragebogen, der in deutscher und englischer Sprache zur Verfügung stand, wurde den zur Mitwirkung bereiten Personen Frage für Frage sowie die möglichen Antworten vorgelesen. Diese Interviews dauerten im Durchschnitt 25 Minuten pro Person. In der Regel beschränkten sich die befragten Personen nicht auf die vorgegebenen Antworten, sondern machten ausführliche Kommentare und Erläuterungen, die ebenfalls aufgezeichnet wurden und die in die Datenauswertung einfließen. In einzelnen Fällen waren Familienangehörige zugegen, deren Äußerungen ebenfalls aufgezeichnet wurden. Insgesamt wurden 92 Fragebogen von Personen aus 28 Einrichtungen in einer Weise beantwortet, dass sie zur Datenauswertung genutzt wer-

¹ In die Auswahl wurden auch Hinweise des Personals einbezogen, die auf Personen verwiesen, die über ausreichend Sprachkenntnisse verfügten bzw. als eine Art Informanten fungieren konnten, da sie schon etwas länger in der GU wohnten oder viele Bewohnerinnen und Bewohner kannten.

den konnten.

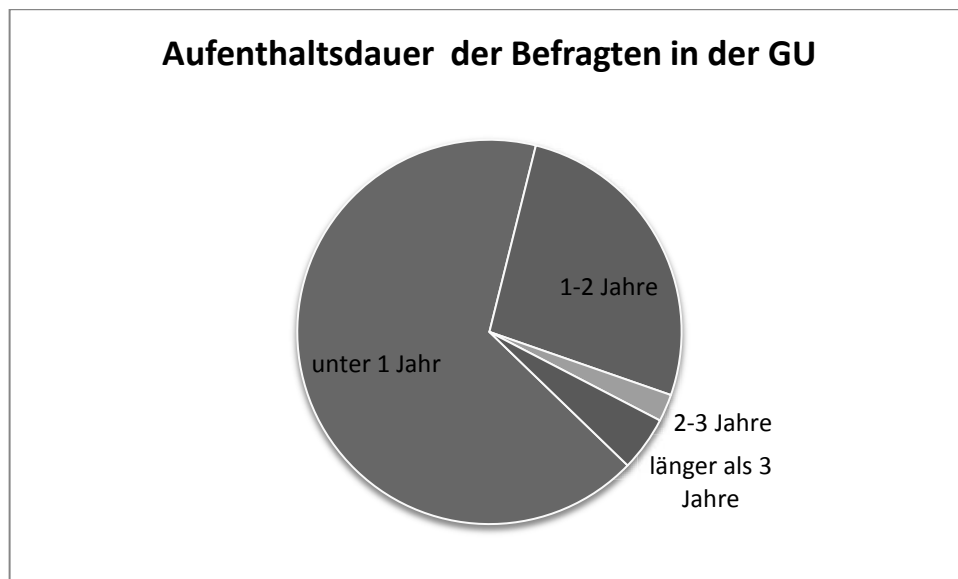
Zur Zusammensetzung der Personen, die an der Befragung teilnahmen, lässt sich feststellen, dass sich im Wesentlichen die demografischen Eigenschaften der erwachsenen der Bewohnerinnen und Bewohner widerspiegeln. Fast genau ein Drittel der befragten Personen waren männlich und die überwiegende Mehrheit ist in die Altersgruppe zwischen 20 und 35 Jahre alt (71 Personen) einzuordnen. 16 Personen waren älter als 35 Jahre. Die Herkunftsregionen² der befragten Bewohnerinnen und Bewohner lassen sich der folgenden Grafik entnehmen.



Die Mehrheit der befragten Bewohnerinnen und Bewohner hält sich erst relativ kurze Zeit in der jeweiligen GU auf. Die Verteilung der Aufenthaltsdauer verdeutlicht die folgende Grafik. Diese Verteilung entspricht zweifellos der Entwicklung bei der Aufnahme von Flüchtlingen in den Landkreisen. Die Auswertung der Ergebnisse belegt, dass die Aufenthaltsdauer der in der jeweiligen GU einen geringen oder gar keinen Einfluss auf die Nennung von gewalttätigen Vorkommnissen bzw. die Einschätzung

² In den Herkunftsregionen *Ostafrika* wurden die häufigsten Nennungen Somalia, Eritrea und Kenia zusammengefasst; *Westafrika* dagegen steht für die Nennungen Kamerun, Tschad und Mauretanien; *Balkan* fasst Serbien, Mazedonien zusammen, während *Kaukasus* die Gebiete der Russischen Föderation Dagestan und Tschetschenien meint.

der Situation in der GU hat.



Die Erhebung und statistische Auswertung der quantitativen Daten erfolgte mit Hilfe des Programms GrafStat.

Zur Datenerhebung unter den Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern wurde das Instrument des vertiefenden Expertinnen- und Experteninterviews gewählt. Auf der Grundlage eines einheitlichen Interviewleitfadens wurden insgesamt 28 Interviews mit 38 Befragten (16 Männer, 22 Frauen) durchgeführt. Die konkreten Umstände des Interviews führten dazu, dass vielfach die Heimleitung/Geschäftsführung und ggf. eine oder mehrere weitere Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter anwesend waren und in das Interview einbezogen wurden, um möglichst umfassende Informationen zu erhalten. Die Interviews wurden von 15. Oktober 2014 bis 14. Januar 2015 vor Ort in den jeweiligen Einrichtungen durchgeführt.

Gewalt in den Gemeinschaftsunterkünften für Asylsuchende im Land Brandenburg. Datenauswertung

Schilderungen der Gewalt: Häufigkeit und Art der Vorkommnisse, Orte der Gewalt und Umstände, die Gewalt begünstigen

Die Datenauswertung ergibt zunächst eine deutliche Übereinstimmung der Aussagen, die von Bewohnerinnen und Bewohnern geäußert werden, und denen des Personals. Zwar nennen die befragten Flüchtlinge durchaus gewalttätige Vorkommnisse, die in den Gesprächen mit dem Personal keine Erwähnung finden, aber in der Einschätzung der allgemeinen Situation in der GU und den möglichen Ursachen der Vorkommnisse liegen die jeweiligen Aussagen dicht bei einander. Nur in einem Fall (GU Hohenleipisch) wichen die Einschätzungen grundsätzlich voneinander ab und die Situation in der betreffenden GU wurde durch das Personal aggressiver und bedrohlicher als durch befragte Bewohnerinnen und Bewohner eingeschätzt.

Die GU in den Landkreisen und kreisfreien Städten des Landes Brandenburg geben in Bezug auf gewalttätige Vorkommnisse kein einheitliches Bild ab. So wie die Unterkünfte sich beispielsweise in Hinblick auf Kapazität³, Lage oder Personalausstattung unterscheiden, zeigt sich eine erhebliche Differenzierung der GU hinsichtlich der Art und vor allem der Häufung von gewalttätigen Vorkommnissen. Der Alltag der folgenden Unterkünfte ist besonders von gewalttätigen Vorkommnissen gekennzeichnet: Luckenwalde, Brandenburg/Havel, Grazau, Premnitz, Fürstenwalde (Langenwähler Strasse), Stople-Süd, Bestensee, Rathenow, Prenzlau, Ludwigsfelde und Potsdam (Nuthetal). Die Auswertung der Daten lässt daran nicht den geringsten Zweifel, so dass diese Unterschiedlichkeit als eine erste wichtige Erkenntnis festgehalten werden muss.

Im untersuchten Zeitraum ereigneten sich, den Befragungsergebnissen zufolge, insgesamt 20 schwere tätliche Auseinandersetzungen.⁴ Dabei handelte es sich um Prü-

³ In die Befragung wurden eher kleinere Unterkünfte mit 60-70 Bewohnerinnen und Bewohnern, mittlere mit ca. 100 sowie größere mit einer Belegung von 150 Personen einbezogen. Die größte GU hat eine Kapazität von 300 Personen. Alle aufgesuchten GU sind voll bis überfull belegt.

⁴ Die Angaben des Personals oder Wachschutzes decken sich mit den Angaben der Bewohnerinnen und Bewohner.

geleien unter Bewohnern, die zu Verletzungen führten. In wenigen Fällen benutzten die beteiligten Personen Stichwaffen. Ein einem Fall setzte der Täter Reizgas (Garzau) ein und verletzte mehrere Personen. Bei diesen Auseinandersetzungen wurde die Polizei 17 Mal gerufen und es kam zu Verhaftungen bzw. Unterbindungsgewahrsam oder zu späterem Hausverboten.

Grenzüberschreitendes Verhalten und aggressive verbale Auseinandersetzungen, Bedrohungen oder Beleidigungen sowie schwerwiegende Sachbeschädigungen wurden überaus häufig berichtet und gehören, den Schilderungen nach, zum Alltag in den GU. In 7 Unterküften (Luckenwalde, Brandenburg/Havel, Grazau, Premnitz, Fürstenwalde (Langenwähler Strasse), Stople-Süd, Bestensee) wurde eine besonders hohe Zahl dieser Auseinandersetzung angegeben. In 4 Unterküften (Rathenow, Prenzlau, Ludwigsfelde, Potsdam (Nuthetal)) wurden 3-5 Vorfälle für den Untersuchungszeitraum benannt.

Dabei handelt sich in der Regel um Auseinandersetzung zwischen zwei Personen. Einmalige oder häufigere verbale Attacken bilden oft das Vorfeld für Rangeleien und körperliche Auseinandersetzungen. Unter den Befragten berichteten 7 Personen von körperlichen Auseinandersetzungen, die sie selbst als Zeugin bzw. Zeuge erlebt haben oder in denen sie selbst Opfer waren. 15 Personen gaben an, dass sie solchen einen Vorfall beobachtet hätten bzw. davon durch andere Bewohnende erfahren hätten. Meistens nannten die Befragten Schubsen, Tritte oder Schläge zwischen zwei Männern.

Physische Gewalt in der GU ist eindeutig ein spezifisch männliches Problem. In den meisten benannten Auseinandersetzungen wurden Männer, zumeist junge Männer, als Beteiligte angegeben bzw. fast alle tätlichen Angriffe wurden von Männern verübt.

In einigen wenigen Fällen wurden auch Frauen als aggressiv und streitwillig beschrieben. Im Vergleich wurden die Auseinandersetzungen an denen Bewohnerinnen als Täterinnen beteiligt waren, entschieden weniger auf körperlicher Ebene und mit geringerer Intensität ausgetragen.

Vandalismus und schwere Sachbeschädigung wurde in 17 Fällen geschildert. Dabei fällt die Häufung in einer GU (Garzin-Garzau) auf.

Die Mehrheit der gewalttätigen Vorkommnisse ergibt sich aus den Geschehnissen

des alltäglichen Zusammenlebens der Flüchtlinge. Ausgangspunkte für Streitereien unter den Bewohnerinnen und Bewohnern sind meist Sauberkeit in den gemeinschaftlich genutzten Räumen und Lärm. Auseinandersetzungen unter Frauen finden oft ihre Ursachen in unterschiedlichen Auffassungen zur Fürsorge und Kindererziehung, Die Unfähigkeit vieler Bewohnerinnen und Bewohner, sich in der *lingua franca* ausreichend zu verständigen, führt wiederum leicht zu sprachlichen Missverständnissen (die wiederum in kulturellen Generalisierungen enden können). Das vielfach anzutreffende Unvermögen mit der deutschen Sprache vermittelnd und schlichtend zu reagieren, wirkt auf die Eskalationsdynamik zusätzlich beschleunigend. Die Orte, wo sich dieser Streit entzündet, sind in der Regel die Gemeinschaftsküchen und die Flure. Zu derartigen verbalen Auseinandersetzungen, die leicht eskalieren, kommt es meist auf zu Zeiten in denen viele Bewohnende zusammenkommen. So sind es vor allem die Abendstunden – unabhängig vom Wochentag – in den sich Auseinandersetzungen ereignen.

Verbale Auseinandersetzungen und Übergriffe ereignen sehr häufig in Einrichtungen, in denen sehr viele Bewohnende aus unterschiedlichen Herkunftsländern zusammenleben, Für die befragten Personen – das betrifft Bewohnerinnen und Bewohner wie Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter gleichermaßen - ist es jedoch in vielen dieser Streitsituationen fraglich, ob sich „nur gestritten“ wurde, da die Sprache der Beteiligten am Streit nicht oder teilweise verstanden wurde, oder die Lautstärke schwierig zu bewerten war. Vor dem Hintergrund der eigenen, kulturell bedingten Standards unterliegt letztlich es der Erfahrung und dem eigenen Empfinden zu beurteilen, wann eine Grenzüberschreitung stattfindet.

Ein weiterer, häufiger Auslöser, der wiederum auch als Beschleuniger für verbale und körperliche Übergriffe wirkt, ist der Alkohol- bzw. Drogenkonsum einzelner Bewohner und die damit verbundene Ruhestörung oder Missachtung der Hausordnung.

Es fällt auf, dass in den Befragungen religiös und kulturell bedingte Konflikte als mögliche Ursachen der gewalttätigen Vorkommnisse selten direkt benannt wurden. Dennoch führen fast alle Befragten die genannten bzw. beobachteten Auseinandersetzungen auf Unverständnis in Bezug auf die Lebensweise der anderen Gruppe und wenig gegenseitig Rücksichtnahme zurück. Immer wieder wurde Hass zwischen unterschiedlichen Nationalitäten oder Religionen als letztliche Ursache benannt. Die

Mehrheit der Befragten hielten derartige Streitigkeiten als unvermeidlich und empfanden diese Konflikte als normal, weil sie aus dem Zusammenprall von Menschen mit unterschiedlicher Kultur und sehr verschiedenen Gewohnheiten entspringen.

In diesem Zusammenhang wurde, mit Schilderungen nach eigenem Erleben, häufig die Toilettenbenutzung bzw. Badbenutzung angesprochen. So ärgerten sich zum Beispiel befragte Christinnen und Christen über die Toilettenbenutzung von Personen mit islamischen Glauben.⁵ Dagegen zeigten sich in den Befragungen muslimische Personen durch die Freizügigkeit anderer Bewohnerinnen und Bewohner in den Gemeinschaftsräumen in ihren religiösen Gefühlen beleidigt, provoziert oder gar angegriffen.

Die Bedrohungen und Übergriffe gegenüber dem Personal (und hier sind auch die schweren Sachbeschädigungen einzuordnen) entspringen in der Regel anderen Quellen. Sie sind vor allem mit persönlichen Problemen, wie etwa mit dem Verlauf des Asylverfahrens, und der Unzufriedenheit mit der eigenen Situation in Verbindung zu bringen. Zweifellos spielt auch bei diesen Vorkommnissen der Alkohol- bzw. Drogenkonsum die Rolle des Brandbeschleunigers (wie bei den häufigen Vorkommnissen in der GU Luckenwalde). Ausschließlich Männer wurde als Täter benannt.

Latente Gewalt in den Unterkünften

Viele Befragte machten - neben der Nennung konkreter Fälle – auf eine Art Grundstimmung in den GU aufmerksam, die Auseinandersetzungen vermeiden helfe oder begünstigt. So würdigten die befragten Bewohnerinnen und Bewohner einiger GU gleichermaßen ihre Einrichtungen als „ruhig“ und „friedlich“, in denen es keine (Gewalt) Probleme mit anderen Personen gäbe. Andere sprachen dagegen von einer angespannten Stimmung und benannten „verrückte oder „aggressive“ Personen, die die Stimmung aufheizen würden. Die befragten Personen fühlten sich von deren aggressivem Verhalten gestört. In diesen GU sei die Situation schwierig und einige Befragten äußerten auch beständige Angst. Das betrifft besonders alleinstehende Frau-

⁵ Hier fällt auf, dass die unterschiedlichen Praktiken der Benutzung der Sanitäreinrichtungen und der Körperreinigung mit vermeintlichen religiösen Vorschriften und der sich daraus ableitenden Unterschiedlichkeit der Alltagspraxis in Verbindung gebracht werden.

en, die nachts häufig von Bewohnern bedrängt werden, und bei ihrer Verweigerung, hauptsächlich wenn Alkohol im Spiel, mit aggressiven Reaktionen rechnen müssen.

In 3 Einrichtungen (Fürstenwalde, Stolpe-Süd und Neuruppin) wurde die Situation als sehr angespannt und das Potenzial für gewaltsame Vorkommnisse als besonders hoch eingestuft, Befragte aus diesen Unterkünften gaben an, dass Auseinandersetzungen schnell eskalierten und jegliche Formen der Gewalt in Form von Bedrohungen, Prügeleien, bis hin zu Waffengewalt sowie Zerstörung und Sachbeschädigung stattfänden. Nach Einschätzung der Befragten kommt es oft bis sehr oft zu Polizeieinsätzen. Diese Unterkünfte heben sich durch hohe Belegung und angespannte Personalsituation aus der Landschaft der GU in Brandenburg heraus. Hier kann zweifellos kein direkter kausaler Zusammenhang konstruiert werden, da Faktoren die Situation mitbestimmen, vielschichtiger sind. Dennoch erhöht sich das Risiko mit steigender und vor allem dichter Belegung.

Die Befragung in der GU Teltow, die ausschließlich von Männern bewohnt wird, ergab, dass ungeachtet der hohen Belegung von 196 Personen keine gewalttätigen Vorkommnisse berichtet wurden. Verbale Streitereien und Auseinandersetzungen verblieben immer auf einem Niveau geringer Intensität. Im Rahmen der unternommenen Befragung konnten hierzu keine vertiefenden Untersuchungen durchgeführt werden, die naheliegende Hypothesen bekräftigen oder verwerfen würden. Diese Hypothesen fixieren sich zunächst auf die Qualität der in der GU geleisteten Sozialarbeit. Ein zweiter möglicher Grund die die geografische Lage der GU, die den Bewohnern ein hohes Maß an Abwechslung und durch die Nähe zu Berlin viele Kontakte in das eigene ethnische bzw. kulturelle Milieus gestattet.

Von besonderem Interesse sind die Einschätzungen der in die Datenerhebung einbezogenen Personen hinsichtlich der Tendenzen, die sich in Bezug auf gewalttätiges Verhalten in der jeweiligen GU ausmachen lassen. In sechs Einrichtungen lässt sich eindeutig eine Zunahme von gewalttätigen Vorkommnissen ausmachen (Ludwigsfelde, Garzin-Garzau, Premnitz, Stolpe-Süd, Luckenwalde, Potsdam Nuthetal). Dies wird eindeutig auf den Anstieg der Belegungsdichte zurückgeführt (in Premnitz auf Bewohner mit hohem Alkoholkonsum). In den GU Wandlitz, Neuruppin, Bestensee, und den beiden Einrichtungen in Fürstenwalde wird aufgrund des Anstiegs der Belegung bzw. der Unterbringung von Personen aus einer Herkunftsregion eine Zunahme

von Gewalt in der nahen Zukunft befürchtet.

Die GU in Althüttendorf, Bad Belzig, Beelitz, Cottbus, Forst, Prenzlau, Rathenow und Wassmannsdorf vermerken eine deutliche Abnahme von gewalttätigen Vorkommnissen und bringen das mit den Veränderungen in der Zusammensetzung der Bewohnerinnen und Bewohner (Auszug von Tätern), Veränderungen der baulichen Struktur der Unterkunft (Cottbus, Rathenow) und verstärkten präventiven Maßnahmen in Verbindung.

Besondere Problematik: häusliche Gewalt/ Gewalt in Paarbeziehungen/ Gewalt an Frauen

In den Befragungen der Bewohnerinnen und Bewohner wurde häusliche Gewalt bzw. Gewalt in Paarbeziehungen und Gewalt gegenüber Kindern⁶ nicht explizit angesprochen. Dennoch wurde dieses „schwierige Thema“ öfters indirekt erwähnt. Nur ein Befragter äußerte sich offen und beschrieb die Situation einer Nachbarfamilie, bei der er öfter lautes Geschrei und Wehklagen hörte.

Im Gegensatz zu dieser offenkundigen Zurückhaltung der befragten Flüchtlinge war das Thema häusliche Gewalt in den Interviews der Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter sehr häufig präsent. Darin spiegelt sich zunächst die Tatsache wider, dass derartige Vorfälle das Personal stark beschäftigen und darüber hinaus psychisch belasten. Diese Belastung findet ihre Ursache auch in den Zweifeln und Unsicherheiten bezüglich des eigenen Handelns und der Notwendigkeit des Einschreitens. Die interviewten Personen betrachteten sich vielfach als nicht berechtigt, sich in private Angelegenheiten der Flüchtlinge einzumischen, zumal sie wiederholt erfahren haben, dass körperliche Übergriffe innerhalb der Familie von den Betroffenen nicht als Gewalt wahrgenommen werden, vielmehr sei derartiges Verhalten der Männer oder Väter für sie Normalität. Erst im Fall von sichtbarer Brutalität sehen sich Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter genötigt einzuschreiten.

In Bezug auf häusliche Gewalt unter den Familien in den GU kann berechtigterweise von einer überaus hohen Dunkelziffer ausgegangen werden, da viele Fälle nicht zur

⁶ Drei-Generationen-Familien oder erweiterte Familien wurden zum Zeitpunkt der Befragungen in den GU nicht angetroffen.

Anzeige kommen bzw. dem Personal nicht zur Kenntnis gebracht werden. In allen Unterkünften gab es ernstzunehmende Anzeichen für Fälle von häuslicher Gewalt, dabei machte es keinen Unterschied, ob dieses Haus von den Bewohnerinnen und Bewohnern im Allgemeinen als eher „ruhig und friedlich“ eingeschätzt wurde oder man es zu den schwierigen Häusern rechnete. Auch die Belegungsdichte schien keinen Einfluss auf Vorkommnisse häuslicher Gewalt zu haben; gewalttätige Vorfälle in der Familie ereigneten sich ebenso in Unterkünften mit geringer Belegung wie auch in vollen Häusern. Mindestens 10 Fälle von schwerer, oft auch wiederholter häuslicher Gewalt wurden benannt. In so gut wie allen Fällen übte der Ehemann körperliche oder psychische Gewalt gegenüber der Frau und den Kindern aus.

Im wenigen Fällen sei es zu gegenseitig ausgeübter körperlicher Auseinandersetzung gekommen. Erwähnt wurde ein Fall, in dem die körperliche Gewalt von der Frau ausging.

Generell scheinen sich die Fälle von Gewalt innerhalb der Partnerschaften oder von Gewalt an Kindern besonders in den Familien zu häufen, in denen belastenden persönlichen Umstände vorliegen. Aus der Untersuchung lässt sich ableiten, dass die Belastungen sehr unterschiedlicher Natur und breit gefächert sein können. Sie können sich aus dem ungeklärten Aufenthaltsstatus bzw. unsicherer Aufenthaltsperspektive einschließlich drohender Abschiebung, dem Verlust von Familienmitgliedern, dem Verlust von sozialen Bindungen und Status oder traumatisierenden Erlebnissen in der Herkunftsregion oder auf der Flucht ergeben. Die benannten Fälle häuslicher Gewalt können daher nicht vorschnell und linear auf eine „Kultur“ oder „Religion“ zurückgeführt werden. Dagegen spricht auch die Tatsache, dass die Täter der benannten Fälle aus verschiedenen Herkunftsregionen kommen und sich unterschiedlichen Religionen verbunden fühlen.

Ein Sonderfall stellen Flüchtlinge dar, die mit ihrer Religionsausübung sehr konservative, für Frauen restriktive Praktiken verbinden (Salafismus) oder die sich in einem Prozess der Radikalisierung (Islamismus⁷) befinden. Derartige Personen wurden als eine besonders schlimme und brutale Quelle für Gewalt an Frauen in den Unterkünf-

⁷ Aus den Befragungen ergibt sich die Notwendigkeit, zwischen Salafismus und Islamismus zu unterscheiden. In einigen Interviews wurde darauf hingewiesen, dass einige Salafisten ihren Glauben in der jeweiligen Unterkunft friedlich praktizieren. c

ten geschildert. Ihr rigides Rollenverständnis und die damit einhergehenden Verbote bzw. permanente Kontrolle der betroffenen Frauen und Kinder führten zu psychische Gewalt und Unterdrückung. Andere Personen würden versuchen, unter den Bewohnerinnen und Bewohnern zu missionieren und scheuten dabei auch nicht vor Drohungen mit psychischer und körperlicher Gewalt gegenüber Mitbewohnerinnen und -bewohner zurück. Diese Drohungen richteten sich besonders gegen Frauen, denen bestimmte Kleidungsvorschriften und Alltagsverhalten aufgezwungen werden soll. In einigen Fällen häuften sich Vorfälle häuslicher Gewalt erst Monate nach der Ankunft in der GU.

Konfliktmanagement/Umgangsweise mit Gewalt/Beispiele guter Praxis

Für die Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter in den GU ist es Teil des Berufsverständnisses, Konflikte im Vorfeld verhindern zu können. Ein derartiges präventives Vorgehen wird als wünschenswert eingeschätzt, um die Sicherheit und das Wohlbefinden der Bewohnerinnen und Bewohner der GU als auch der eigenen Personen weitestgehend zu garantieren. Diesem Anspruch stehen, so die durchgehende Meinung der interviewten Personen, die eigenen begrenzten Handlungsmöglichkeiten entgegen. In erster Linie wird in diesem Zusammenhang auf die in allen Unterkünften angespannte Personalsituation verwiesen. Der gegenwärtige Personalbestand ermögliche kein angemessenes präventives Handeln. Darüber hinaus werden mangelnde Kompetenzen und fehlenden konkrete Kenntnisse zum rechtlichen Rahmen von eventuellen Handlungsoptionen, einschließlich der Sanktionsmöglichkeiten von Tätern, beklagt.

In vielen Interviews wurde vor dem Hintergrund der bisherigen Erfahrungen in der jeweiligen GU immer wieder die Frage aufgeworfen, was tun, wenn Gespräche nicht mehr fruchten? Wenn Gespräche mit Tätern ins Leere laufen, dann wirke sich das verheerend auf die Situation in der GU aus und führe in der Regel zu einer Eskalation. Die Möglichkeit der Aussprache eines Hausverbotes oder der Wegweisung wurde von den Interviewten eingefordert.

In diesem Zusammenhang wurde auf das von der Integrationsbeauftragten des Lan-

des und *FaZIT* ermöglichte Supervisionsangebot hingewiesen, das ab März 2014 als Gruppen- oder Einzelsupervision an drei Standorten angeboten wurde. Als außerordentlich hilfreich wurde der ebenso von *FaZIT* moderierte Gesprächskreis *Personal der Gemeinschaftsunterkünfte* erwähnt. Diese Angebote bieten die Möglichkeit der Auseinandersetzung mit ihrer eigenen Situation am Arbeitsplatz und des kollegialen Austausches von Erfahrungen.

An einigen Standorten gab es deutliche Verbesserungen der Atmosphäre in den GU durch Neueinstellungen von Personal. So wurde beispielsweise in der GU Forst, als konkrete Reaktion auf die schlimmen Vorfälle im August 2014, neue Fachkraft eingestellt. Das trug dazu bei, dass sich das dortige Personal stärker auf sozialarbeiterische Kernaufgaben, darunter auch präventive Maßnahmen zum Umgang mit Konflikten, in der alltäglichen Arbeit vor Ort konzentrieren kann. Ähnlich positive Wirkungen zeigte auch die Neueinstellung in der GU Sedlitz.

Bei der Sicherstellung eines gewaltfreien Zusammenlebens in der GU kommt dem Wachschutz eine wichtige Funktion zu. Das Personal des Wachschutzes in der Unterkunft ist, wenn keine Sozialarbeiterin oder kein Sozialarbeiter mehr vor Ort sich aufhält. Allein aus dieser Tatsache ergibt sich die Notwendigkeit, dass der Wachschutz *de facto* mehr als reine Bewachungsaufgaben ausführt. Dieses Personal muss daher ausreichend auf die Situation in der GU vorbereitet und interkulturell sensibilisiert werden. Die Befragungsergebnisse weisen jedoch darauf hin, dass nur in wenigen Fällen der Wachschutz in der Lage ist, deeskalierend zu wirken und an der Schaffung eines guten, auf gegenseitigem Respekt basierendem Klimas in der GU mitzuarbeiten.

Es zeigt sich weiterhin, dass ein strukturierter Alltag sowie Möglichkeiten der Beschäftigung und Freizeitgestaltung das vorhandene Gewaltpotential und Frustration zum Teil in erheblichen Maß mindern können. Vom Personal wurde in diesem Zusammenhang auf die eindeutig konfliktmindernde Wirkung der seit Anfang 2014 laufenden Sprachkurse für Flüchtlinge hingewiesen.

Freizeitangebote, darunter auch die Möglichkeiten, Sport zu treiben, werden von den Bewohnerinnen und Bewohnern als hervorragende Möglichkeiten betrachtet, mehr Verständnis füreinander aufzubauen. Vielen ist die problematische und konfliktgeladene Situation der Unterbringung in der GU durchaus bewusst und sie sehen daher

jede Möglichkeit der gemeinsamen Aktivität als Orte des sozialen und interkulturellen Lernens. Dies trägt dazu bei, dass Bewohnerinnen und Bewohnern mehr Rücksicht aufeinander nehmen und die Verantwortung für das gemeinsame Zusammenleben in der GU stärker wahrnehmen. Wie das Beispiel der GU Potsdam Nuthetal belegt, sind geschlechtsspezifische Freizeitangebote, die gezielt Männer ansprechen, besonders geeignet, zur Vermeidung von Konflikten bzw. deren Abbau beizutragen.